



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Action Committee Service for Peace - Comité d'Action Service pour la Paix

Endenicher Straße 41
D-53115 Bonn

Telefon: 0228/24999-0

agdf@friedensdienst.de

Telefax: 0228/24999-20

www.friedensdienst.de

Bank

KD-Bank eG Duisburg

BIC

GENODED1DKD

IBAN

DE73 3506 0190 1011 3910 16

**Input
Friedenstafel für eine atomwaffenfreie Welt
beim Aktionstag in Büchel**

am 2. Juni 2019

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Gäste an dieser Friedenstafel für eine atomwaffenfreie Welt,

zunächst möchte ich herzliche Grüße des AGDF-Vorstandes ausrichten, der aus Zeitgründen leider nicht vertreten sein kann.

Ich möchte über „**die Haltung der evangelischen Kirche in (West-)Deutschland zu Nuklearwaffen**“ berichten, da es für unser Engagement wichtig ist, wie so große Institutionen wie die evangelische Kirche sich zu der Frage der atomaren Abschreckung verhält.

Wie bin ich auf das Thema gekommen? Die AGDF als Dach- und Fachverband mit 31 Mitgliedsorganisationen versteht sich als Teil der Kirche und zugleich als Partnerin und als kritisches Gegenüber zur verfassten evangelischen Kirche. Unsere Mitglieder vereint das Engagement für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung in vielfältigen Formen, sie sind aber unterschiedlich mit der Kirche verbunden. Ein wesentliches Anliegen für die Gründung der AGDF vor 50 Jahren war es, der Minderheit in der evangelischen Kirche, die sich für einen Friedensdienst ohne Waffen einsetzt, eine Stimme zu geben. Und genauso erhob die AGDF auch ihre Stimme gegen die atomare Rüstung und für eine Welt ohne Atomwaffen.

Ich beginne mit einem kleinen Rückblick auf die Position von Christinnen und Christen sowie der EKD zu Nuklearwaffen und zur atomaren Abschreckung in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945, bevor ich zu den aktuellen Diskussionen komme.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es in der Evangelischen Kirche eine Fraktion, die sich für ein neutrales, entmilitarisiertes Deutschland einsetzte. Hintergrund war neben den Konsequenzen „nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ der Versuch, die Einheit Deutschlands zu erhalten, zumal das evangelische Kernland in der sowjetischen Zone lag. Die Mehrheit in der EKD befürwortete aber die Linie der Bundesregierung zur Westintegration der BRD und zur Wiederbewaffnung.

Als die Stationierung von atomaren Kurzstreckenraketen in der BRD bekannt wurde, forderte der Rat der EKD im Mai 1954 einen allgemeinen Stopp des atomaren Wettrüstens; ihm folgte die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen im August 1954. Im Juni 1956 rief die EKD-Synode mit einer Erklärung alle Christ*innen auf, sich nicht an Entwicklung und Herstellung von Massenvernichtungsmitteln zu beteiligen.

Als Reaktion auf Pläne der Adenauer-Regierung, sog. taktische Atomwaffen zu stationieren, bildete sich ein breites Bündnis von Oppositionsparteien, Gewerkschaften, der EKD und anderen gegen die Atombewaffnung, das im März 1958 die Bevölkerung unter dem Titel „Kampf dem Atomtod“ zum Widerstand aufrief. Eine der bekanntesten Persönlichkeiten aus der evangelischen Kirche, die hier wortgewaltig ihre Stimme erhob, war Martin Niemöller, der spätere Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.

Als die Bundesregierung dennoch die Aufstellung unter dem Oberbefehl der NATO beschloss, gab es bundesweit Proteste, an denen sich insgesamt 1,5 Mio. Menschen beteiligten. Die Proteste endeten bereits im Dezember 1958, weil es im Bündnis unterschiedliche Vorstellungen über die akzeptablen Aktionsformen gab und da der konkrete Anlass durch den Beschluss der NATO entfiel, dass nur die USA das „Schlüsselrecht“ zum Einsatz von Atomwaffen von Westeuropa und Westdeutschland aus erhalten sollten.

Die kontroverse Diskussion in der Evangelischen Kirche Westdeutschlands mündete 1959 in einem Kompromiss: Die sog. Heidelberger Thesen beschreiben die friedensethische Position in der Zeit der massiven atomaren Aufrüstung. Zusammengefasst fordern die Thesen dazu auf, "die Zeit der Abschreckung zu nutzen, um die Logik und den Geist der Kriegsführung zu überwinden".
"These 8: Die Kirche muss die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine *heute noch* mögliche christliche Handlungsweise anerkennen.
These 9: Für den Soldaten einer atomar bewaffneten Armee gilt: Wer A gesagt hat, muss damit rechnen, B sagen zu müssen; aber wehe den Leichtfertigen!
These 10: Wenn die Kirche überhaupt zur großen Politik das Wort nimmt, sollte sie den atomar gerüsteten Staaten die Notwendigkeit einer Friedensordnung nahe bringen und den nicht atomar gerüsteten raten, diese Rüstung nicht anzustreben"

Von 1960 bis zu ihrer zwischenzeitlichen Auflösung 1970 demonstrierte die Ostermarschbewegung für ein Ende der atomaren Bewaffnung und des nuklearen Wettrüstens in beiden Lagern des Kalten Krieges, an der sich viele Christ*innen beteiligten.

Der sog. NATO-Doppelbeschluss im Dezember 1979 zur Stationierung von atomar bestückten Pershing II-Raketen und Marschflugkörpern war die Initialzündung für eine neue Friedensbewegung. Die erste große Demonstration gab es im Juni 1981 beim Deutschen Evangelischen Kirchentag unter dem Motto „Ein Nein ohne jedes Ja zu Massenvernichtungswaffen“. Die AGDF hat zusammen mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste die große Demonstration am 10.10.1981 in Bonn mit 300.000 Teilnehmern verantwortet.

Nach der EKD-Denkschrift von 1981 „Frieden wahren, fördern und erneuern“, aber auch nach der Erklärung von Papst Johannes Pauls II. Erklärung von 1978 wird unter der Bedingung wirksamer Abrüstungsbemühungen nukleare Abschreckung als „gerade noch“ vertretbar bezeichnet. Gegen diese ethische „Ausgewogenheit“ der EKD-Denkschrift wendet sich 1982 die Erklärung der Leitung des Reformierten Bundes „Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche“ mit einem uneingeschränkten Nein zur Herstellung, Lagerung und Anwendung von Massenvernichtungsmitteln jeder Art. In ähnlicher Richtung entwickelt sich die internationale kirchliche Diskussion bis hin zur klaren Ächtung aller Massenvernichtungswaffen und zur Absage an die Abschreckungskonfrontation auf der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1983: „Wir glauben, dass für die Kirchen die Zeit gekommen ist, klar und eindeutig zu erklären, dass sowohl die Herstellung und die Stationierung als auch der Einsatz von Atomwaffen ein Verbrechen gegen die Menschheit darstellen und dass ein solches Vorgehen aus ethischer und theologischer Sicht verurteilt werden muss.“¹

Wie steht die Evangelische Kirche in Deutschland heute zu Nuklearwaffen und der Atomaren Abschreckung?

In der EKD-Denkschrift von 2007 „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ wird angesichts der weltpolitischen Veränderungen seit 1990 konstatiert: „Aus Sicht evangelischer Friedensethik kann die Drohung mit Nuklearwaffen *heute nicht mehr* als Mittel legitimer Selbstverteidigung betrachtet werden.“ (161) Dies bedeutet eine Abkehr von den Heidelberger Thesen von 1959 ein Schritt hin zu einer klaren friedensethischen Positionierung der EKD. Allerdings heißt es in der Denkschrift weiter: „Es bleibt allerdings umstritten, welche politischen und strategischen Forderungen aus dieser gemeinsam getragenen friedensethischen Einsicht zu ziehen sind“. Danach wird ausgeführt, warum ein Teil der EKD eine vollständige atomare Abrüstung als geboten ansieht und ein anderer Teil Abschreckung mit Nuklearwaffen für weiterhin notwendig hält. Dennoch: Erstmals hat hier die evangelische Kirche in Deutschland klar betont, dass eine Drohung mit Nuklearwaffen friedensethisch nicht mehr vertretbar ist. Eine solche Feststellung bekommt an einem Ort wie Büchel eine ganz besondere Bedeutung.

¹ Vgl. Vortrag von Rolf Wischnath im Oktober 2015 vor Studierenden in Hannover und in Hildesheim.

In die unbefriedigende Situation, dass es in der EKD friedensethisch eine klare Haltung gibt, dies sich aber nicht in einer eindeutigen politischen Position niederschlägt, ist in den letzten Jahren Bewegung gekommen. Einige evangelische Landeskirchen, so auch die Evangelische Kirche im Rheinland, in deren Gebiet wir uns gerade befinden, haben sich eindeutig für eine Ächtung von Atomwaffen und den Abzug der Nuklearwaffen aus Deutschland ausgesprochen. Dass dies nicht unumstritten ist, zeigt die Entscheidung der Synode der Ev. Kirche in Hessen-Nassau im Mai, eine entsprechende Stellungnahme zu vertagen. Mit Spannung darf daher die Positionierung der EKD-Synode Anfang November erwartet werden. Es ist davon auszugehen, dass dort ein Beschlussvorschlag zum Abzug der Nuklearwaffen zur Abstimmung vorliegen wird. Da ungewiss ist, wie sich die Synodalen entscheiden werden, ist es wichtig, dass von dem Aktionstag von Christinnen und Christen am 7. Juli hier in Büchel ein unübersehbares Signal ausgeht.

Die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen hat sich 2013 in Busan für eine atomfreie Welt ausgesprochen, Papst Franziskus hat mehrfach betont, dass der Besitz von Atomwaffen ethisch nicht vertretbar ist. Es ist an der Zeit, dass hier auch von der Evangelischen Kirche in Deutschland ein klares Wort gesprochen wird. „Die Zeit ist da für ein Nein ohne jedes Ja zu Massenvernichtungswaffen“, so hieß es Anfang der 1980-er Jahren. Das ist aktueller denn je.

Vielen Dank für eure und Ihre Aufmerksamkeit. Ich stehe gerne für Rückfragen zur Verfügung und wünsche uns ansonsten einen regen Austausch an dieser Friedenstafel.